

Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** wird künftig verstärkt im **Nationalen Cyber-Abwehrzentrum (Cyber-AZ)** mitwirken. Dies haben Ende März 2017 die Präsidenten des **Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)** und der **BaFin** vereinbart. Mit dem Cyber-AZ setzt das BSI einen wichtigen Punkt der Cyber-Sicherheitsstrategie der Bundesregierung um. Ziel ist der Schutz zahlreicher kritischer Infrastrukturen und die Widerstandsfähigkeit Deutschlands gegen Cyber-Gefahren durch eine enge Verzahnung von Akteuren aus Wirtschaft und Staat. Diese Aufgabe sieht das Amt künftig hinsichtlich der IT-Sicherheit für den Finanzdienstleistungssektor weiter gestärkt. Die BaFin ihrerseits stuft die IT-Sicherheit für die Finanzwelt inzwischen als Anliegen höchster Priorität ein. Die konkrete Zusammenarbeit im Rahmen des Cyber-AZ soll den Austausch über Sach- und Fachfragen zur IT-Sicherheit für Banken, Börsen, Versicherungen und Finanzdienstleister weiter intensivieren.

Die **Deutsche Bank** hat in New York City nahe ihrer Niederlassung an der Wall Street ihr weltweit viertes **Innovationslabor** eröffnet. Dort will das Institut neue Technologien erforschen und dabei den Fokus auf künstliche Intelligenz, Cloud-Technologie und IT-Sicherheit legen.

Die **Europäische Kommission** hat den geplanten Zusammenschluss zwischen der **Deutschen Börse** und der **London Stock Exchange (LSE)** untersagt. Nach Ansicht der Kommission hätte durch die vorgeschlagene Abhilfemaßnahme nicht verhindert werden können, dass der Zusammenschluss auf den Märkten für das Clearing festverzinslicher Finanzinstrumente ein De-facto-Monopol geschaffen hätte (siehe auch Stellungnahmen in diesem Heft).

Die amerikanische Großbank **Wells Fargo** hat einen Vergleich erzielt. Kunden aus dem ganzen Land hatten sich wegen der Einrichtung von Phantomkonten gegen das Institut gewendet. Die US-Retailbank zahlt 110 Millionen Dollar, nachdem sie vor einem halben Jahr bereits einer Zahlung von 185 Millionen Dollar an ermittelnde Behörden und Kunden zugestimmt hatte. Neben Phantomkonten ermitteln die US-Aufsichtsbehörden und das **Justizministerium** jedoch auch weiterhin wegen anderer unlauterer Praktiken, etwa den aggressiven Vertrieb von Lebensversicherungspolice-

23. März 2017 bis 6. April 2017

des Partners **Prudential Financial** an unwissende Kunden.

Großbritannien hat das Verfahren zum Austritt aus der **Europäischen Union** eingeleitet. Theresa May hat am 29. März das sechsseitige Schreiben an EU-Ratspräsident Donald Tusk übergeben und damit den Startschuss zur zweijährigen Verhandlungsfrist von Artikel 50 des Vertrags von Lissabon gegeben.

Die **Deutsche Bank** hat einen Anteil von 12,5 Prozent an der Auktionsplattform **Trust Bills** erworben. Das Unternehmen betreibt einen elektronischen Markt für nationale und internationale Handelsforderungen mit dem Ziel, die Plattform zu einem internationalen Markt für Unternehmen jeder Größe zu entwickeln. Über die Konditionen der Transaktion wurde Stillschweigen vereinbart. Schon 2016 hatte sich die **DZ Bank** an Trust Bills beteiligt.

Der Gesamtverband der **Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)** hat unverbindliche Musterbedingungen für eine Cyber-Versicherungspolice entwickelt, die speziell für kleine und mittelgroße Unternehmen gedacht ist. Sie soll nicht nur beim Datenklau und Betriebsunterbrechungen greifen, sondern übernimmt auch Kosten für IT-Forensiker oder Krisenkommunikation. Hintergrund der GDV-Offensive ist, dass laut einer Forca-Umfrage bereits jedes vierte Unternehmen finanzielle oder materielle Schäden durch Cyber-Angriffe erlitten hat.

Die **Deutsche Bank** bietet mit einer neuen App **NFC-basiertes mobiles Bezahlen** an. Es muss keine neue Karte bestellt werden, die Mastercard des Kunden wird automatisch in der App angezeigt. Kunden, die ein Android-Smartphone ab Version 4.4 nutzen und die App geladen haben, können damit weltweit an allen Mastercard-Akzeptanzstellen bezahlen, die kontaktlose Transaktionen ermöglichen. Ab 2018 soll das bei allen Akzeptanzstellen möglich sein. Der gesamte Bezahlprozess ist verschlüsselt und wird auf Basis der Token-

Technologie abgewickelt. Karteninformationen werden dabei nicht übertragen.

Die Delegiertenversammlung des **Bundesverbandes deutscher Banken (BdB)** hat Anfang April dem Vorschlag zur Reform der freiwilligen **Einlagensicherung** zugestimmt. Ziel der Reform ist es, den Einlagensicherungsfonds mit Blick auf die privaten Kunden zu stärken. Mit der zum 1. Oktober 2017 in Kraft tretenden Reform ändert sich für den privaten Kunden und für Stiftungen nichts. In der Regel sind damit weiterhin pro Kunde mindestens eine Million Euro Einlage pro Bank geschützt (siehe ZfgK 05/2017 und Leitartikel in diesem Heft).

Die **Lloyds Banking Group** kündigt weitere Filialschließungen an. Zwischen Juli und Oktober dieses Jahres will das in der Finanzkrise für gut 20 Milliarden Pfund gerettete Institut weitere 100 Niederlassungen schließen und Hunderte von Filialen auf ein neues Format schrumpfen. Künftig sollen dort nur noch jeweils zwei Mitarbeiter mit Tablet-PC bereitstehen, um Kunden zu helfen, die sich an Automaten selbst bedienen oder über Videoverbindungen mit ihren Beratern sprechen können.

Das **EU-Parlament** hat den **Gesetzentwurf** zur Regulierung von **Geldmarktfonds** gebilligt. Seit 2013 hatte das Parlament um eine Reform des Finanzmarktgesetzes gerungen. Der Beschluss erfolgt auf Vorbehalt. In vier Jahren will das Parlament eine Bestandsaufnahme vornehmen und entscheiden ob das Gesetz weitergeführt wird. Die beschlossene Regulierung sieht unter anderem die Einführung von Low-Volatility-Net-Asset-Value-Fonds (LNAV) als neue Fondskategorie vor. Ein weiterer Punkt ist die Beibehaltung von Constant-Net-Asset-Value-Fonds (CNAV), die lediglich für die Retailmärkte abgeschafft werden sollen.

Die im Zuge der Auswirkungen der Schiffahrtskrise Anfang des Jahres von der **Nord-LB** übernommene **Bremer Landesbank** wird mit der Konzernmutter vollständig fusionieren (ZfgK 11/2016). In der Schiffsfinanzierung werden die bisher in beiden Häusern getrennt geführten Geschäftsbereiche in der Nord-LB zusammengeführt und künftig allein in Hannover gesteuert. Die Integration der BLB ist der erste Schritt im Rahmen des von der Nord-LB neu aufgelegten konzernweiten Transformationsprogramms „One Bank“.